

# Öffentliche Besichtigung einer Reformruine

Anhörung in Bundestagsausschuss zur Einwanderung bestätigte verfestigte Erfahrungen wie Vorbehalte

Von Uwe Kalbe

Allein die Ausschüsse des Bundesrates hatten im Dezember 175 Änderungsvorschläge zum Entwurf des Einwanderungsgesetzes vorgelegt. Das ganze Paket binnen acht Stunden in seinen Folgen zu bewerten, dazu waren Sachverständige wie Zuhörer auch im Innenausschuss des Bundestages gestern in Berlin nur bedingt in der Lage.

Die Ausschussvorsitzende Ute Schmidt (SPD) ist nicht zu beneiden. Gelang ihr die Moderation der versammelten, zum Teil gegensätzlichen Expertenmeinungen noch reibungslos, dürfte die Aufnahme aller Vorstellungen in den Gesetzentwurf unmöglich sein. Dafür waren die Positionen einfach zu verschieden. Das Gesetz hat Bundestag und Bundesrat bereits in erster Lesung passiert, seine Endredaktion obliegt nun den wahlkampfberedten und entsprechend nervösen Unterhändlern von SPD, Grünen und Union, die sich in der nächsten Woche zu einem fraktionsübergreifenden Gespräch treffen werden.

Die Zeit drängt also. Von »gesetzgeberischer Hektik« sprechen daher beispielsweise die Kritiker von Pro Asyl, die der Eile des Verfahrens entgegenhalten, dass es um das Schicksal von immerhin rund sieben Millionen Menschen geht. Denn das Gesetzeswerk trifft nicht nur Regelungen für kommende Einwanderer, sondern auch für bereits hier lebende, nicht nur für Arbeitsmigranten, sondern auch Flüchtlinge. Vielfältige Verflechtungen mit dem



Zur Integration von Ausländern gehört auch ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen. Foto: ZB

»Anti-Terror-Paket« der Bundesregierung lassen das Paragrafenwerk zu einem unübersichtlichen und folgensweren Gesetzeswerk werden.

Trotz dieser Hürden blieb die Vorsitzende gelassen. Auch, wenn die Stimmung zu kippen drohte. Herwig Birg, Professor an der Universität Bielefeld, der sich als einer von fünf führenden Bevölkerungsforschern vorstellte, verwahrte sich unwirsch gegen den Vorwurf eines »Gefälligkeitsgutachtens«, nachdem er eben die durch Zuwanderung entstehenden Kosten aufgerechnet hatte. »Wir haben unsere Probleme in der Vergangenheit ohne

fremde Hilfe bewältigt, warum sollte uns das nicht auch in der Zukunft gelingen«, meinte er als Resümee seiner Warnungen vor zu viel Einwanderung.

Auch Wissenschaftler forschen nicht im politischen Niemandsland. Unterschiede in den Meinungen sah Gerhard Kleinhenz vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung daher lakonisch auf »Einstellungs- und Wertefragen reduziert«. Und während Klaus J. Bade, Professor an der Universität Osnabrück, die Notwendigkeit einer Zuwanderung aus demografischen Gründen anhand von Zahlenmaterial belegte, bewies Minuten später Herwig Birg

das Gegenteil. Ebenfalls anhand von »gesichertem Zahlenmaterial«.

Klaus J. Bade, der bei aller selbst analysierten Unzulänglichkeit des Entwurfes von einem »bahnbrechenden Reform« sprach, rief ebenfalls in Erinnerung, dass es hier um »für menschliches Leben folgenreiche Systeme der Schicksalsverwaltung« gehe. Zumal Flüchtlinge und Arbeitsmigranten trotz aller vorangegangenen Beschwörungen letztlich doch gegeneinander aufgerechnet werden. Während den einen zusätzliche oder erstmalige Rechte eingeräumt werden, nimmt man den zweiten bisherige Rechte. So sprach Pro Asyl von einer »Reformruine«, die es bei der Anhörung zu besichtigen gebe.

Im Tagesverlauf stritt man um Bewertungen von Details, etwa um Pflichtkurse in Deutsch, mit denen sich Zuwanderer einen Integrationsnachweis verdienen könnten. Auf einige der Themenbereiche traf ganz offenkundig zu, was die Staatssekretärin im Innenministerium, Cornelia Sonntag-Wolgast, am Beispiel des Nachzugsalters von Kindern eine »Scheindebatte« nannte, das bereits jetzt von einst 18 auf 16 Jahre gesenkt ist und das Bundesinnenminister Otto Schily dem Vernehmen nach bereit ist auf 14 Jahre zu senken, die Union aber will nicht mitziehen. Folgenreiche Systeme der Schicksalsverwaltung ...

Aus der Sicht der Wirtschaft stellt sich der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften anders dar als aus der Sicht einer Flüchtlingsorganisation. Kirchen haben einen anderen Blick auf auseinandergerissene Familien in Notzeiten als Industrielle. Juristen betrachten die Green-Card-Debatte anders als die Gewerkschaften. Und alle hatten ihre Vertreter in der Anhö-

rung in Berlin. Ob im ersten Teil über die Arbeitsmigration, im zweiten über die Integrationsanforderungen oder im dritten über Ausländer- und Flüchtlingsrecht – immer sahen sich die Verfechter weiterer Liberalisierungen denselben Gegnern gegenüber. Neben Herwig Birg war dies vor allem Christian Hillgruber, Rechtsprofessor in Erlangen, der den Abgeordneten aus den Bundestagsfraktionen ins Gewissen redete.

Die nach seiner Meinung häufig fehlende Integrationsbereitschaft werde in dem Gesetzentwurf zu wenig mit Sanktionen bedroht, beschwerte er sich. Nach einmaliger Wiederholung des Sprachkurses sollte eine Beendigung des Aufenthalts in Deutschland die Folge sein, meinte er. Vorgesehen ist in dem Gesetz auch, die bereits in Deutschland lebenden einstigen Gastarbeiter einer solchen Prüfung zu unterziehen. Ein »pädagogisch ambitioniertes« Beratungsgespräch, so Hillgruber, sei kein Ersatz für Konsequenz gegenüber unwilligen Ausländern. Herwig Birg hierzu: Deutschland profitiert nicht von Zuwanderern, sondern zahlt drauf.

Katrin Gerdsmeyer vom Kommissariat der deutschen Bischöfe äußerte hingegen ihr Bedauern, dass nur bestimmte Zuwanderer das Recht auf Teilnahme an den Integrationskursen haben sollen. Nicht etwa die Ausländer mit befristetem Aufenthaltsstatus, die etwa als Asylbewerber nach Deutschland kamen. In der Stellungnahme von Pro Asyl heißt es: »Aus der Reformruine Zuwanderungsgesetz ragen einige erhabene Säulen heraus. Sie machen das Ganze keinesfalls tragfähig. Zu diesen Säulen gehört die Berücksichtigung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Auch diese Säule wollen Bundesrat und parlamentarische Opposition noch schleifen.« Einen Eindruck von den Argumenten konnte man immerhin im Reichstag aus beruhenem Munde gewinnen.